

Das Leipziger Kriegsberühmungskamt teilt mit, daß die Stadt Leipzig demüthigt ist, von Reichs- und Landesstellen für die Zeit, für die die Brotmenge gekürzt werden sollte, stärkere Zuweisungen anderer Lebensmittel, namentlich Nahrungsmittel, zu erhalten, die sie in die Lage setzen, für die ausfallende Brotmenge ausreichenden Ersatz zu geben. Ob diese Bemühungen Erfolg haben, muß abgewartet werden.

Glickwerk oder Neugeschaltung?

Die Verhandlungen der Reichstagskommissionen über die neuen Steuern haben bisher nur das ergeben, daß der Mehrheitsblock einen kleinen Teil der Kriegskosten den bemitteltesten Volksschichten auferlegen will, aber weit davon entfernt ist, unsere gesamte Finanzwirtschaft auf eine neue, auf eine demokratische Grundlage zu stellen. Der Antrag des Mehrheitsblocks, eine einmalige Abgabe von Vermögen, Einkommen und Vermögenszuwachs zu erheben, ist ohne Zweifel eine Verbesserung des früheren Zustands, in dem die Reichstagsmehrheit die von der Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern fast ohne Widerrede schloß. Aber man darf doch nicht übersehen, daß es sich bei den bürgerlichen Parteien des Blocks nicht um die Annahme eines neuen Prinzips handelt, sondern um eine taktische Maßnahme, die aus der Not der Zeit geboren ist. Darauf hat in der Ansprache des Hauptansprechers unter Genosse Bernstein mit allem Nachdruck hingewiesen, besonders aber darauf, daß der Antrag nicht zu einer einheitlichen Steuererhebung für das Reich, die wir vor allen Dingen brauchen, führe. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie haben denn auch mehrere Anträge eingebracht, die der so notwendigen Vereinheitlichung der Finanz- und Steuerpolitik Rechnung tragen. Vor allem sollen die Kriegsgewinne viel stärker erfasst werden. Die Erbschaftsteuer soll eine radikale Veräuflichung erfahren. Nur das Reich soll sie erheben dürfen, soweit sie auf die Einzelstaaten entfallen, sollen sie ihnen vom Reich überwiesen werden. Aber alles, was jetzt vorgeschlagen ist, reicht nicht aus, um jährlich 15 Milliarden aufzubringen, die zur Sanierung der Kriegsfinanzen jährlich notwendig sind. Darum schlägt die Unabhängige Sozialdemokratie in einem weiteren Antrag die Abführung der Kriegsschuld durch eine einmalige ausreichende Vermögensabgabe vor. Sie soll so gestaltet werden, daß eine Schädigung des Wirtschaftsliebenden vermieden wird. Dadurch kann erst die Möglichkeit zur Vereinheitlichung aller Steuern geschaffen werden, die das Wirtschaftsleben so überaus schädigen. Genosse Bernstein wies in der Begründung dieser Anträge darauf hin, daß es darauf ankomme, die jetzt vorgeschlagenen schädlichen Steuern durch wirklich rationelle Steuern zu ersetzen, und damit die deutsche Finanzpolitik auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Ob die Reichstagsmehrheit und die Regierung wolle oder nicht, so würden sie doch eines Tages zu einer radikalen, einheitlichen Finanzpolitik und Steuererhebung kommen müssen.

Die Regierungen der Einzelstaaten hatten erkannt, um was es sich bei dem Antrag des Blocks handelte. Es waren die Finanzminister der größten Bundesstaaten im Hauptansatz erschienen, um ihre Bedenken gegen die Erhebung einer einmaligen Abgabe zu äußern. Aus ihren Ausführungen gewinnt man jedoch nicht den Eindruck, als ob sie die Gefahr des Antrags übersehen hätten; sie wissen wohl, daß es den bürgerlichen Parteien nicht auf die Durchsetzung eines Prinzips, nicht auf die grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Norm: Dem Reiche die indirekten, den Einzelstaaten die direkten Steuern, ankommt und überhaupt nicht auf die Neugeschaltung und Vereinheitlichung der Finanz- und Steuerwesen in Reich, Einzelstaat und Kommune. Aber immerhin versuchten sie es so darzustellen, als ob die Einzelstaaten schon durch diesen aus taktischen Gründen abgeworfenen Antrag des Blocks in ihrer Existenz bedroht würden. Der bürgerliche Finanzminister meinte, daß die bisherigen, höchst schmerzhaften Einkommen- und Vermögenssteuern von den Bundesstaaten erhoben werden müßten, eine gleichzeitige Reichsbesteuerung des Einkommens wäre damit nicht vereinbar. Um so zwingender ist also die Notwendigkeit, eine Vereinheitlichung der Steuererhebung für das ganze Reich herbeizuführen. Aber gerade das ist es, was die einzelstaatlichen Regierungen nicht wünschen. In Preußen, in Sachsen und in den meisten andern Bundesstaaten haben infolge der ungerechten Wahlsysteme die besitzenden Klassen das Steuerrecht noch in Händen; sie befürchten, daß der auf Grund eines immerhin demokratischeren Wahlrechts zusammengesetzte Reichstag die großen Geldbeutel weit stärker als bisher zur Tragung der Steuerlasten heranziehen würde, wenn er sich prinzipiell der direkten Besteuerung zuwandte. Diese Furcht ist es, was angeblich die „Lebensfrage“ der Bundesstaaten ausmacht.

Auch der sächsische Finanzminister v. Seydewitz hat im Hauptansatz des Reichstags das Wort genommen. Er behauptete, daß schon die vorgeschlagenen Steuern der Regierung zum großen Teil aus dem Reife kämen, und deshalb könne man nicht sagen, daß zum Ausgleich der Kriegskosten nötig seien. Herr v. Seydewitz setzte sich mit dieser Behauptung in Widerspruch mit seinem Kollegen aus Bayern, der vorher ausgesprochen hatte, daß jetzt eine Abwälzung der Verbrauchsteuern in viel höherem Maße möglich sei als früher. Damit ist doch nur zu zeigen, daß die Verbrauchsteuern noch unten, also auf die Konsumenten, die große Masse der besitzlosen Bevölkerung, abgewälzt werden können. Herr v. Seydewitz brachte aber auch noch ein andres Argument gegen den Antrag des Blocks vor. Er meinte, es sei eine Uebersetzung, wenn man von einer Notlage des Reiches spreche, wo wir doch noch gar nicht wissen, ob wir nicht eine Kriegsentscheidung erhalten werden. Hierin stimmte ihm der nächstfolgende Redner, der konervative Graf Westarp, zu, was jedenfalls sehr bezeichnend für die politische Stellung des sächsischen Finanzministers ist.

Wie die jetzige Steuerdebatte ausgehen wird, kann man schon jetzt voraussagen. Trotz des Vorkantons wird auch diese Steuerreform nur ein Flickwerk bleiben; an eine Neugeschaltung des deutschen Finanzwesens, an eine Abführung der Kriegskosten auf die Schultern der besitzenden Kreise denkt die bürgerliche Mehrheit vorläufig nicht. Wenn ihre Redner es auch nicht so offen aussprechen wie der sächsische Finanzminister und der Führer der Konserverativen, so hoffen sie doch noch auf Kriegsentscheidungen, auf Annexionen, auf wirtschaftliche Sicherungen in einer Höhe, daß sie mit deren Hilfe von einer Neuordnung des Finanzwesens auch nach diesem Kriege absehen könnten. Deshalb muß vor einer Uebersetzung des Antrages des Mehrheitsblocks gewarnt werden. Es kann nur dann ein weitreichende und starke Wirkung von ihm ausgehen, wenn aus den einmaligen Abgaben die dauernde direkte Steuerliche Erfassung der Einkommen, der Vermögen und der Erbschaften durch das Reich wird. Darüber hinaus aber muß sich die einheitliche Gestaltung des Steuer- und Finanzwesens entwickeln, wie sie bei den jetzigen Beratungen nur von der unabhängigen Sozialdemokratie gefordert wird. Sonst kann es mit dieser Steuerreform leicht so gehen wie mit der Wahlreform in Preußen: man macht ein schmerzhaft demokratisches Zugeständnis, schafft aber dann die Sicherungen von einer Art, daß von einem wirklichen Fortschritt nicht viel mehr zu hoffen ist.

Was ist aus dem Fall Daimler geworden?

Es ist noch gar nicht so lange her, da beschäftigte sich wochenlang das, was man in Deutschland öffentliche Meinung nennt, mit dem Fall der Rotorenwerke Daimler in Stuttgart. Das Plenum des Reichstags und dessen Hauptansatz hielten zahlreiche Sitzungen ab, die sich nur mit dieser Sache befaßten; Erklärungen und Gegen-erklärungen wurden veröffentlicht, die schwersten Vorwürfe erhob man in der Öffentlichkeit und im geheimen gegen die Firma, die wiederum seitenslange Inveriate in der Presse zu ihrer Rechtfertigung losließ, die Worte machte eine fast panikartige Bewegung durch, aller Aktionäre bemächtigte sich eine zeitlang heftige Angst vor den Wirkungen des Daimlerlandes. Inzwischen ist aber wieder Ruhe über allen Wassern geworden, die Kriegsgegenstände leben ihre guten Tage weiter, die Aktien der Kriegsindustrie, die Dividenden- auszahlungen halten sich weiter auf einer fast beängstigenden Höhe,

das Treiben an der Börse geht seinen Gang, als wenn nichts geschehen wäre. Ueber den Verlauf der Berliner Börse am Donnerstag bringen nun die Berliner Mitter Mitteilungen, die äußerst bemerkenswert sind. Die Kurse sind an diesem Tage stark gestiegen, das Geschäft war recht lebhaft. Die Reich Zeitung teilt insbesondere mit: „Am Rüstungsmarkt erzielten Daimler auf Verleiste eines äußerst befriedigenden Jahresabchlusses eine Aufsehen erregende Kurssteigerung.“ Am Berliner Tageblatt lesen wir: „Unter den Rüstungswerken schloßen sich die Aktien der Daimler-Motorenwerke durch außerordentliche Festigkeit aus.“ Der Sozialdemokrat meinet: „Die Kaufkraft der Privatklasse hält, gestützt auf die herrschende Geldfülle im vollen Umfang an und zeitigt dabei unvermeidliche Kursstürze, wie heute beispielsweise in der spontanen Halle der Daimler-Motorenaktien.“ Am besten unterrichtet ist sich die Borsische Zeitung aus: „Von Rüstungspapieren waren Daimleraktien sprunghaft ansteigert und zwar auf Millläufe, da man von einer Einstellung des Verfahrens gegen die Gesellschaft wissen wollte.“

Es wäre interessant, von einwandfreier Seite zu erfahren, ob die Einstellung des Verfahrens gegen Daimler wirklich beabsichtigt oder gar schon erfolgt ist. Und würde dieser Ausgang der Sache allerdings nicht überraschen, denn wir haben schon früher bei der Besprechung des Falles Daimler gesagt, daß es sich hier nicht um einen einzelnen Fall handle, daß es nicht angehe, einen Sündenbock in die Wüste zu schicken, um dadurch einen Sündenbock für die übrigen Kriegsindustrie zu erwirken. Die Daimlerfrage ließ sich nicht für sich allein behandeln; sprach man Daimler der Bewunderung des Reiches und des Landesverrats und noch einiger anderer Vergehen dieser Art für schuldig, so mußte man schließlich gleiche Verfahren gegen unzählbare andre Kriegsindustrielle folgen lassen. Wohin aber hätte das führen sollen? Man wäre schließlich dahin gekommen, daß das Kapital die Lust an der ganzen Kriegswirtschaft verloren hätte. Denn wer will die Grenzen bestimmen, wo der kapitalistische Profit aufhört und der landesverräterische Hunger beginnt? Solche Grenze läßt sich nicht finden und deshalb können zur allgemeinen Verhütung nur solche „Exempel statuiert“ werden, die die kapitalistische Gesamtwirtschaft nicht benutzbar machen. Daimler durfte nicht ein solches Exempel werden. Hier zeigt sich wiederum, daß die Erscheinungen in der Welt des Kapitals nicht mit allgemeinen moralischen, moralischen und christlichen Maßstäben gemessen werden können, die der Bibel und dem Katechismus entnommen sind.

Die Lage im Osten.

Sachsen-Litauen.

Berlin, 17. Mai. Wie die Tägliche Rundschau hört, ist bereits ein Vertrag entworfen worden, der als Grundlage für die Personalunion Sachsen-Litauen dienen soll.

Abkündigung des Erbrechts in Rußland.

Moskau, 15. Mai. (Meldung der P. L.-A.) Am 3. Mai hat der Rat der Volkskommissare die Abkündigung des Erbrechtes beschlossen. Nach dem Tode des Erblassers wird der bewegliche und unbewegliche Besitz Eigentum des Staates.

Rußland und die Ukraine.

Kiew, 15. Mai. Anewolaja Myhl erzählt, daß die russische Sowjetregierung in den Friedensverhandlungen mit der Ukraine zu jedem Zugeständnis bereit sei. Hauptbedingung sei die Lebensmittelversorgung Rußlands, wogegen letzteres Weizen und Schmiermittel liefert.

Keine Unruhen in Moskau.

Berlin, 16. Mai. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Nach einer Neutermelung, die auch von der deutschen Presse gebracht worden ist, soll es in Moskau zu hartnäckigen Kämpfen zwischen den Bolschewiki und Anarchisten gekommen sein. Wie wir von zuverlässiger Stelle aus Moskau hören, ist die Meldung gänzlich unzutreffend. In Moskau herrscht vollstündige Ruhe.

Zur Lage in Finnland

Stockholm, 15. Mai. Sundstadsbladet in Helsingfors erzählt aus Petersburg, daß die Führer der roten Gardisten von der Bolschewikregierung eine Intervention verlangen, um günstige Friedensbedingungen zu erzielen. In Moskau erklärte man jedoch, man könne nichts anderes tun, als ihnen Kitz zu gewähren; ja, man lehne sie verweigern, daß die roten Gardisten die Waffen strecken müßten, falls die finnische Regierung zu Zugeständnissen nicht bereit sei. Laut Meldung an Svenska Dagbladet räumen die Russen die Forderung ab.

Beschlagnahme der finnischen Eisenbahn in Rußland

Kopenhagen, 15. Mai. Wie die Berlingske Tidende aus Helsingfors meldet, beschlagnahmten die russischen Behörden die finnische Eisenbahn von Valtakko nach Petersburg, worauf das finnische Eisenbahnpersonal nach Finnland flüchtete. Die finnischen Festungen am finnischen Meerbusen Hüls von Wiborg werden von den Russen geräumt.

Der Zar vor ein Kriegsgericht?

Kopenhagen, 16. Mai. Wie aus Petersburg gemeldet wird, laufen dort Gerüchte um, daß Zar Nikolaus nach Moskau überführt und vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt werden soll.

Vom Tage.

Die neue Regierung der Ukraine veröffentlicht eine Erklärung über ihre Absichten, in der es heißt:

„Das Bestreben des Hetmans geht nicht auf Selbstherrlichkeit. Die Aufgabe des Hetmans ist die Verwirklichung der Idee einer unabhängigen und freien Ukraine in historisch-nationalrussischer Form. Die Regierung wird unter Vermeidung aller Gewalt und plötzlicher Änderungen mit Festigkeit den Gedanken der weiteren ukrainischen nationalen Kultur, der Sicherung der Rechte der ukrainischen Sprache in der Schule, in staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und der Befestigung aller Formen der ukrainischen Staatlichkeit ins Leben durchzuführen.“

Die Hauptaufgabe der Regierung, die einen provisorischen Uebergangscharakter trägt, besteht darin, in der Ukraine die staatliche Ordnung zu festigen und in den Bedingungen vollkommener Ruhe und echter Freiheit das Land bis zum Augenblick der Enderfassung einer Volksvertretung zu leiten, welche den echten, durch unzerstörten Druck von irgendwelcher Seite entstellten Willen des ukrainischen Volkes bezüglich des zukünftigen staatlichen Aufbaues der Ukraine zum Ausdruck bringen wird. Die Anarbeitung eines entsprechenden Wahlgesetzes bildet den Gegenstand der nächsten Bemühungen der Regierung, und in dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit rechnet sie auf die Mitwirkung aller Leute mit staatlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Kenntnissen. Die Regierung hat nicht die Absicht, irgendwelche politische Freiheiten anzustreben, aber in der unruhigen Zeit, die unser Vaterland nach den schweren durchgemachten Prüfungen durchlebt, müssen die Interessen der staatlichen Ordnung im Vordergrund stehen.“

Die Regierung hat die Absicht, weder den Weg der Abschaffung des Eigentumsrechts, noch den der gefährlichen Experimente zu beschreiten, die noch ein einiges Kulturland kennt, noch auch den Weg der Verkünder der landwirtschaftlichen Kultur, die die Grundlage der Volkswirtschaft der Ukraine bildet. Aber die Regierung wird vor keinen Opfer zurückweichen, um in der Ukraine ein gesundes, mit Land versehenes Bauerntum zu schaffen, welches fähig ist, die

Produktion im höchsten Maße zu steigern. Derselben Vordereben im Privatbesitz, die zu diesem Zwecke ohne Schädigung der Interessen der landwirtschaftlichen Kultur entzogen werden müssen, werden vom Staat angekauft und den bedürftigen Ackerbauern zu angemessenen Preisen überlassen werden.“

Unter dieser Herrschaft kann keine Rede mehr sein von einer sozialen Volksrepublik in der Ukraine. Der neue Diktator vertritt die Reaktion.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus ist die ungarische Regierung über die deutsch-österreichischen Bündnisverhandlungen interpelliert worden. Graf Michael Karolyni fragte wegen der Erneuerung des Bündnisvertrages mit Deutschland und ersuchte den Ministerpräsidenten, die beruhigende Erklärung abzugeben, daß die Vereinbarungen dem Abgeordnetenhaus unterbreitet werden, damit nicht ohne uns über uns entschieden werde. Redner steht auf dem Standpunkt, man müsse vermeiden, daß künftig einzelne Staatengruppen einander feindselig gegenübersehen. Die Schaffung Mittel-Europas, welches angestrebt wird, würde ein großes Hindernis für die Wiederherstellung des Friedens sein.

Der Ministerpräsident gab darauf unter großer Erregung der äußersten Linken eine Antwort, die den Fragesteller durchaus nicht befriedigte. Er stellte fest, daß Besprechungen stattgefunden hätten und fuhr dann fort:

Diese Besprechungen führten zum Entschluß, daß das zwischen uns bestehende Bundesverhältnis verlängert werde (Rechtlich rechts und im Zentrum) und zwar auf längere Zeit (Rechtlich, Rechtlich rechts und im Zentrum) und vertieft werde. Keinerlei Vertrag über diese Vereinbarung hinaus ist bisher zustande gekommen. Die Verhandlungen aber werden demnächst eingeleitet werden. Es wurde auch die militärische Frage erwähnt. Wir bitten das noch nicht eine Militärkonvention nennen. Aber es ist sehr natürlich, daß auch gewisse militärische Vereinbarungen zustande kommen werden. Im übrigen möge der Herr Abgeordnete überzeugt sein, daß wir in bezug auf die wirtschaftlichen Fragen das Haus nicht vor ein voll accompli stellen werden, sondern daß die Gütlichkeit der Vereinbarung von der Entscheidung des Hauses abhängen wird.

Aus den Ausführungen des ungarischen Ministerpräsidenten, der sich in der letzten Zeit stark den Anschauungen des Grafen Tisza angenähert hat, geht die Absicht hervor, die österreichisch-ungarische Politik wieder völlig in die Bahnen zu lenken, die sie zurzeit des Regimes Stürgkh-Tisza verfolgte. Für den Gedanken der Verständigung bleibt dabei kein Raum.

In der Daily News, der großen liberalen englischen Zeitung, wendet sich der Chefredakteur Gardiner an Lord Gren mit der Aufforderung, die Führung zu einem dauerhaften Frieden zu übernehmen. Der dauernde Friede sei nur möglich, wenn die Welt aufhöre, dauernd für den Krieg organisiert zu sein. Es gäbe zwei Wege für die Zeit nach dem Kriege.

„Wenn der Militarismus triumphiert, wird er nicht wie früher weiterleben, sondern die gesamte Spannkraft der Erde in Anspruch nehmen. In jedem Lande wird jede Industrie im Hinblick auf ihre Dienstbarmachung für den Militarismus geleitet und kontrolliert werden. Jede Eisenbahn und jedes Schiff wird für ihn gebaut und jedes Menschenleben ihm geweiht werden. Er wird Schule, Kirche, Heim, Literatur, Wissenschaft und Kunst beherrschen... Wir werden in Rüstung leben. Die alte Fügung: si vis pacem, para bellum! (Wenn du den Frieden willst, so rüste) wird uns nicht länger trügen, wir werden wissen, daß Kriegsvorbereitung Kriegswillen bedeutet.“

Der andre Weg ist die Organisation der Welt für den Frieden. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Tatsache, daß der Krieg ein Verbrechen ist, daß die erste Pflicht der zivilisierten Gesellschaft darin besteht, sich gegen die Verübung eines Verbrechens zusammenzutun, daß seine Vorbereitung eine kriminelle Verschwörung gegen die Menschheit bedeutet, die mit politischer Ausschließung und wirtschaftlicher Erdrosselung zu bestrafen ist, daß alles Betrüben mit den Begleiterscheinungen von Geheimdiplomatie, Geheimverträgen und Rüstungsartikeln geächtet und die Anwendung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten ausschließlich einem Kollektivorgan zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens übertragen werden muß. Wir aber müssen ebenso abzurufen wie die andern, zu Wasser und zu Lande.“

Die Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn durch Personalunion soll nach einer Mitteilung der rechtsstehenden bürgerlichen Presse nicht mehr in Frage kommen. In Wien wünsche man sie selbst nicht mehr. Man wird abwarten haben, inwiefern sich dies bewahrheitet. Gleichviel, ob nun diese oder eine andre Form angewandt werden wird, das Ziel der Mittelmächte ist es offenbar, auch Polen sich politisch und wirtschaftlich dienstbar zu machen.

Die Offensive im Westen.

Die Metallenteignung ist unausschießbar.

Volffs Bureau teilt amtlich mit: Die Nachricht von der großen Kriegsbente, die die deutsche Offensive im Westen im Monat März einbrachte, hat in der Helmar die Auffassung erweckt, daß nun die Durchföhrung der beschränkten Bekanntschaften über die Metallmobilisierung, insbesondere von Einrichtungsgegenständen (Bekanntmachung Nr. 8/1. 18. 20. 21.) nicht mehr notwendig sei oder zum mindesten verlangsamt werden könne. Einige Kommunalverbände haben sogar die Weiterdurchföhrung der Bekanntschaften eingestellt. Der Nachricht über die Bente wird eine Tragweite beigegeben, die in dieser Form nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, denn die Kriegsbente im Westen besteht nicht in einem Lager von Kupfer, Messing, Nickel, Aluminium, sondern ist in Gestalt von Geschößen, Maschinengewehren, Mienen- und Granatwerfern, Geschossen mit Föhrungsringen, Teilen von Maschinen und andern Kriegsgerät in unser Hände geraten.

Sie werden die gut erhaltenen Geschöße, Maschinengewehre usw. mit ihrer Munition ohne weiteres sofort von unserm Heer gegen den Feind verwendet, ein anderer Teil der Bente erst nach Umbau. Nur aus den unbrauchbaren Geschößen usw. können die Metalle ausgehoben, gesammelt und zurücktransportiert werden, um in der heimatischen Kriegswirtschaft verwendet zu werden.